WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 30.04.2026 | Isabella M. Weber & Gregor Semieniuk

Gegen den Markt shoppen

Ein globaler Einkaufsclub könnte die Ölpreise deckeln und Ressourcen gerechter verteilen – warum die EU dabei vorangehen sollte.

Die US-Blockade der Straße von Hormus – die alle Schiffe betrifft, die iranische Häfen anlaufen oder verlassen – verschärft die globale Energiekrise. Wenn neben den Energieexporten der Golfstaaten nun auch noch die iranischen maritimen Exporte unterbunden werden, werden auf den globalen Märkten 25 Prozent des gesamten gehandelten Rohöls fehlen. Netto-Ölimportländer werden am stärksten getroffen sein. Bereits jetzt sehen sich Länder in Asien und Afrika mit einer Energieverknappung konfrontiert, die sich nur weiter verschlimmern wird.

In einer derartigen Krise zuzulassen, dass die Marktpreise über die Verteilung des Öls entscheiden, bedeutet, sich dem Gesetz des Dschungels zu unterwerfen. Die einkommensstarken Länder überbieten die einkommensschwachen Länder, mit der Folge, dass die Reichen ihren Energieverbrauch aufrechterhalten können, während die Armen aufgrund der hohen Preise ausgeschlossen werden. Dies war eine wichtige Lehre aus der Covid-19-Pandemie (bei kritischen medizinischen Gütern) und aus der Energiekrise von 2022: In Krisenzeiten führt die Marktallokation zu grob ungerechten Ergebnissen. Die extrem volatilen Preise der letzten Wochen sind keine rationalen Vermittlungsmechanismen zur Aufrechterhaltung der Versorgung, sondern Ausdruck von *animal spirits*, die auf die jüngsten Social-Media-Beiträge von US-Präsident Donald Trump und auf Spekulationen über den weiteren Kriegsverlauf reagieren.

Es gibt einen besseren Weg. Statt zuzulassen, dass Verteilung und Preisgestaltung von der Marktpanik diktiert werden, sollten die politischen Entscheidungsträger eine multilaterale Koordierung anstreben, um eine Preisobergrenze auf den globalen Ölmärkten zu verteidigen und knappe Ressourcen so zu verteilen, dass die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen gedeckt und die wirtschaftlichen Folgen minimiert werden. Einfach ausgedrückt: Die Welt braucht einen Einkaufsverbund für Öl.

Die Europäische Union sollte dabei die Führung übernehmen. Mit einem Anteil von 23 Prozent an den weltweiten Rohölimporten verfügen die EU-28 bereits für sich allein über beträchtliche Kaufkraft. Das haben sie während der letzten Krise unter Beweis gestellt, als sie eine europäische Notfall-Obergrenze für Gaspreise verhängten. Doch diesmal ist der Engpass größer, und Öl ist weltweit fungibler, sodass es wichtig wäre, dass sich andere Nettoimporteure anschließen. Mehr Teilnehmer sorgen für einen wirkungsvolleren Mechanismus.

Länder niedrigen und mittleren Einkommens haben kaum Möglichkeiten, einkommensstarke Länder auf den globalen Ölmärkten zu überbieten.

Die EU sollte in erster Linie darauf zielen, andere einkommensstarke Länder einzubeziehen, die wichtige Raffinerien für importiertes Öl betreiben – insbesondere Japan, Südkorea und Singapur. Länder niedrigen und mittleren Einkommens haben kaum Möglichkeiten, einkommensstarke Länder auf den globalen Ölmärkten zu überbieten, und daher allen Grund, sich zu beteiligen.

Sollte sich auch China – der mit einem Anteil von 23 Prozent am Gesamtvolumen weltgrößte Ölimporteur – für einen Beitritt entscheiden, hätte der Importeurverbund den Markt fest im Griff. Im Jahr 2023 (dem letzten Jahr, für das die Internationale Energieagentur vollständige globale Daten vorgelegt hat) kauften die Nettoimporteure etwas mehr als 80 Prozent des weltweit gehandelten Rohöls. Das bedeutet, dass die Nettoimporteure gemeinsam effektiv als Monopson agieren könnten – eine Art Monopol auf der Nachfrageseite. Alle Nettoimporteure von Rohöl würden unmittelbar von niedrigeren Preisen profitieren.

Eine Koordinierung zwischen der EU und China würde zudem eine starke geopolitische Botschaft aussenden und die Fähigkeit der EU demonstrieren, eine unabhängige Außenpolitik zu betreiben. Sollte China nicht beitreten, hätte die EU die seltene Gelegenheit, die Führung bei der Bildung einer bedeutenden globalen Allianz zu übernehmen, die auch Länder des Globalen Südens einschließt. Keine geringe Leistung für einen Block, der sich bisher schwertut, seinen Platz in einer Welt zunehmender Supermachtkonkurrenz zu finden.

Der Einkaufsverbund sollte die Ölpreise für physische Lieferungen auf einem Niveau begrenzen, das für Exporteure immer noch sehr attraktiv wäre – sagen wir 100 US-Dollar pro Barrel. (Zum Vergleich: Sri Lanka zahlte kürzlich 286 Dollar pro geliefertem Barrel Öl, und europäische Käufer zahlen derzeit 150 Dollar pro Barrel Nordsee-Rohöl.) Was die Verteilung betrifft, so sollten die einkommensschwachen Länder, da auf

sie lediglich 0,1 Prozent der weltweiten Importe entfallen, ihr Importniveau aus der Zeit vor dem Krieg beibehalten dürfen. Alle anderen Länder würden ihre Importe um den jeweils selben Anteil reduzieren: Wenn etwa 25 Prozent der weltweiten Exporte fehlen, sollte eine Reduzierung der Importe aus der Zeit vor dem Krieg um 25 Prozent vereinbart werden.

Der Einkaufsverbund würde Lebensgrundlagen schützen, die Inflation begrenzen und dazu beitragen, den Rezessionsdruck einzudämmen.

Den Raffineriebetreibern im Verbund wäre es untersagt, Übergewinne zu erzielen; stattdessen müssten sie zu den in Friedenszeiten üblichen Margen an inländische Käufer und andere Verbundmitglieder weiterverkaufen, wodurch die Preisobergrenze für Raffinerieprodukte wie Diesel und Flüssiggas gewahrt bliebe. Es ist wichtig, dass sich die Verbundmitglieder verpflichten, das Vorkriegsniveau von Raffinerieproduktexporten beizubehalten. Die Alternative – Öl dank der Beteiligung aller zu niedrigen Kosten zu erwerben, aber einen größeren Anteil für sich selbst zu behalten – würde zum Zusammenbruch des Verbunds führen. Der Einkaufsverbund könnte auf raffinierte Ölprodukte ausgeweitet werden, die von außerhalb seiner Mitglieder importiert werden.

Länder mit positiven Nettoexporten von Rohöl könnten ebenfalls dazu bewegt werden, dem Verbund beizutreten, was diesen weiter stärken würde. Rohölexporteure etwa, die erhebliche Mengen raffinierter Ölprodukte importieren, wie Angola und Ecuador, könnten interessiert sein, sich den niedrigeren Preis zu sichern, der Verbundmitgliedern gewährt würde. Allgemeiner betrachtet könnten Exporteure interessiert sein, die inländischen Ölpreise an den Verbundpreis zu koppeln und so zu verhindern, dass höhere inländische Kraftstoffpreise die lokalen Verbraucher belasten. Würde der Einkaufsverbund zudem eine Preisuntergrenze einführen – beispielsweise 65 Dollar pro Barrel –, genössen die beitretenden Ölexporteure künftig mehr Stabilität. Die Preisuntergrenzen könnten in langfristige Lieferverträge aufgenommen werden.

Der Einkaufsverbund würde Lebensgrundlagen schützen, die Inflation begrenzen und dazu beitragen, den Rezessionsdruck einzudämmen. Er würde zudem zu Einsparungen im Staatshaushalt führen, die in den raschen Ausbau kostengünstiger, kohlenstoffarmer Alternativen investiert werden könnten. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die

Elektrifizierung sollten beschleunigt werden. Der öffentliche Nahverkehr sollte kostenlos sein. Nationale Energiesparprogramme, die eine gerechte Verteilung knapper Ressourcen gewährleisten, sollten demokratisch legitimiert und so gestaltet werden, dass sie die Grundbedürfnisse und die Funktionsfähigkeit industrieller Systeme sichern.

Der Einkaufsverbund würde keine Engpässe verursachen; diese bestehen ohnehin. Der Verbund wäre ein Mechanismus, um die Kosten gerechter zu verteilen, Solidarität zwischen den Importeuren zu schaffen und kostspielige Bieterwettkämpfe zu verhindern, solange der Notstand andauert.

Inmitten einer Krise des Multilateralismus mag ein Einkaufsverbund für Öl utopisch erscheinen. Doch die Idee ist nicht neu. Ein ähnliches System zur Verteilung von Rohstoffen wurde während des Ersten Weltkriegs für die Alliierten umgesetzt. Ein multilateraler Einkaufsverbund für Öl ist genau die Art mutiger Initiative, die Länder brauchen, um die aktuelle Krise zu überstehen – und die die Welt braucht, um die Vorsorge für künftige Schocks zu stärken.

Für die EU wäre die Führung einer auf Verteilungsgerechtigkeit zielenden Initiative mehr als nur gute Wirtschaftspolitik. Angesichts des Zerfalls der Weltordnung würde sie die Position des Blocks als globale, für Frieden und Zusammenarbeit stehende Macht stärken.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Isabella M. Weber
Amherst

Isabella Weber ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der *University of Massachusetts Amherst*, Forschungsassistentin am *Fairbank Center* der *Harvard University* und *Fellow* des *Open Society Foundations (OSF) Ideas Workshop*.



Gregor Semieniuk
Amherst

Gregor Semieniuk ist *Assistant Research Professor* für Politische Ökonomie an der *University of Massachusetts Amherst*. Er forscht zum strukturellen Wandel von Volkswirtschaften.